



## **Nationale Konferenz 2009 in Neuenburg**

### **Dokument der Parteileitung**

Es ist Zeit, dass wir Stellung zu einem eventuellen EU-Beitritt nehmen. Bei diesem Thema können wir nicht ohne klare Position dastehen, da diese Frage in der tagespolitischen Diskussion einen hohen Stellenwert einnimmt. Wir wollen uns dabei nicht von Reflexen leiten lassen. Wenn die SVP gegen einen EU-Beitritt ist, müssen wir nicht gezwungenermassen dafür sein. Wir müssen stattdessen analysieren, was die EU momentan ist, in welche Richtung sie sich entwickelt und ob sich dies mit unseren Zielen deckt oder ihnen widerspricht.

### **Herrschaft der Mächtigen**

Deutlicher Ausdruck der aktuellen Entwicklungen in der EU ist der sogenannte «EU-Reformvertrag». Der Sprecher der Schweizer Aussenministerin M. Calmy-Rey begrüsst, dass der Vertrag «die EU effizienter und demokratischer machen soll». Wir stützen uns für dessen Beurteilung nicht so sehr auf die offiziellen EU-Verlautbarungen als vielmehr auf die Einschätzung von Genossinnen und Genossen, welche die Union als Betroffene von innen kennen. In einer Stellungnahme, in der 27 kommunistische und Arbeiterparteien eine breite Debatte über den EU-Vertrag fordern, heisst es unter anderem: «Die Ratifizierung dieses Vertrags durch die unterschiedlichen Länder würde einen erheblichen qualitativen Sprung bei der Ausgestaltung der EU zum wirtschaftlichen, politischen und militärischen Block gegen die Interessen der Werktätigen und der Völker bedeuten; einen neuen Schritt in Richtung Institutionalisierung des Neoliberalismus, Förderung des Militarismus und Festigung der Herrschaft der Grossmächte, welche die Europäische Union dirigieren, wie dies übrigens schon in den Verträgen von Maastricht, Amsterdam und Nizza und in der Lissabon-Strategie angelegt ist.»

Hinzu kommt, dass dieser Vertrag nicht wie die ursprünglich anvisierte Verfassung zumindest in manchen Ländern den jeweiligen Stimmberechtigten zum Entscheid vorgelegt wird, sondern nur in den Parlamenten abgesegnet werden soll.

Die Stellungnahme fordert «das Recht jedes Volkes sicherzustellen, sich zum Vertrag äussern zu können, von welchem tiefgreifende Auswirkungen für Gegenwart und Zukunft jedes Mitgliedsstaates und Europas ausgehen.» Eine breite demokratische Debatte, sowie die Durchführung von Volksbefragungen bzw. Referenden in allen Mitgliedsstaaten werden verlangt. Sachstimmungen sind ein zentrales Element der schweizerischen Demokratie. Die Schweizer Stimmberechtigten können nicht nur alle vier Jahre wählen, wer uns ver- und zertreten soll. Die schlimmsten Entscheide der Vertreterinnen und Vertreter können mit einem Referendum blockiert und in seltenen Fällen sogar mit einer Initiative korrigiert werden. Diese demokratischen Rechte würden insofern zunichte gemacht, als EU-Recht nationales Recht aufhebt. Referendumsentscheide und selbst Parlamentsentscheide dürften im Falle eines Beitritts nicht mehr zu den von EU-Richtlinien und Verordnungen gesetzten Bestimmungen im Widerspruch stehen. Diese Einschränkung der Entscheidungsbefugnisse wäre ein demokratischer Rückschritt für uns.

### **Für ein Europa des Friedens**

Angesichts dieser Ausgangslage kann ein EU-Beitritt für uns nicht in Frage kommen. Das von der EU gewählte Vorgehen im Zusammenhang mit dem "Reformvertrag" widerspricht völlig unserer Forderung nach mehr Demokratie in allen Bereichen. Ausserdem können wir die inhaltliche Entwicklung der EU zu einem gegen die Werktätigen gerichteten, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Block nicht mittragen. Wir teilen die Haltung der europä-

schen kommunistischen und Arbeiterparteien, welche sich für ein Europa der Völker und gegen ein Europa der grossen Konzerne einsetzen. Wir treten für ein Europa ein, das durch demokratische Selbstbestimmung gekennzeichnet ist und auf der Grundlage einer Wirtschaft im Interesse der Werktätigen basiert. In diesem Sinn wirken wir in der Schweiz auch für die Beteiligung der Schweizer ArbeiterInnenbewegung, linken Parteien und Bewegungen an Aktionen der europäischen Gewerkschaften sowie der europäischen Linkskräfte. Wir engagieren uns für solidarische Beziehungen zu den Linkskräften in allen anderen europäischen Staaten im Kampf für ein «anderes Europa», für ein Europa des Friedens, des Fortschritts und der Solidarität.

*Seite 1  
Dokument der Parteileitung*

*Seite 2  
Für ein Europa der Völker und nicht des Grosskapitals*

*Seite 3  
Thesen und Schlussfolgerungen zur EU*

*Seite 5  
Europa ist der Fahnenträger des Kapitalismus*

*Seite 10  
Die EU, die Schweiz und die Kommunisten*

*Seite 13  
Resolution Rive-Gauche*

*Seite 13  
Antrag Neue PdA Basel*

## FÜR EIN EUROPA DER VÖLKER UND NICHT DES GROSSKAPITALS

### Norberto Crivelli.

Unsere Partei, die PdA, hat das Thema Europa anlässlich einer Nationalkonferenz im Jahre 1989 analysiert. Sie handelte davon unsere Position zu definieren, angesichts einer Realität, welche erst im Aufbau war und sich immer klarer abzeichnete. Zu dieser Zeit zählte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), wie sie damals genannt wurde, 12 Nationen. Andere europäische Nationen hatten Beitrittsanträge gestellt. Ausserdem erschien Europa damals mehr den Händlern und dem Grosskapital, als den gemeinen Bürgern angepasst zu sein und repräsentierte damals nicht das Ideal für all diejenigen, die wie uns für Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Frieden, Respekt der Umwelt gegenüber und ähnlichem kämpften. Und vor allem war die Vorstellung in der damaligen Diskussion aktuell, dass die Schweiz im Verhältnis zu den anderen Nationen nicht einfach damit fortfahren konnte (und sollte), die Rosinen zu picken: Mit Opportunismus nur das auszuwählen, was ihr gerade recht kam und es abzulehnen, sich den weniger bequemen Gesetzen anzupassen. Wie etwa beim Bankgeheimnis, um ein Beispiel zu nennen. Die Rechte brüllte laut gegen Europa (so wie sie es übrigens noch heute zu tun pflegt) und bekräftigte, dass die Schweiz nicht zu gewinnen und nur (einige Privilegien) zu verlieren hätte.

### Ein gemeinsamer Kampf führen

Auch in der Partei gab es mehrere, die die Meinung vertraten, dass die Schweiz sich nicht der EWG anschliessen darf. Dies waren die Hauptargumente dieser GenossInnen waren: Die Verteidigung der direkten Demokratie (Referendum, Initiativen) und der Neutralität sowie die kaum vorhandene Bereitschaft der EWG, sich in ein progressives Land zu verwandeln. Eine deutliche Mehrheit der GenossInnen hatte sich dennoch entschlossen, den Weg eines möglichen Beitritts der Schweiz zur EWG zu beschreiten. Dies im Bewusstsein der Tatsache, dass die Kämpfe für die Verteidigung und den Ausbau der Rechte der ArbeiterInnen viel einfacher sein würden, wenn man sie gemeinsam mit den GenossInnen der ver-

schiedenen europäischen Länder, mit ihren Parteien und ihren Gewerkschaften führt. Nach 20 Jahren, trotz der tiefgreifenden Wandlungen, welche in Europa und in der Welt stattgefunden haben, kehrt die Frage mit den gleichen Argumenten wieder zurück. Die Schweiz befindet sich heute inmitten einer kolossalen Struktur: Die Europäischen Union (EU), welche 27 Länder und fast 500 Millionen Einwohner zählt. Die EU ist nicht besser als deren Vorgängerin EWG. Die Interessen der Händler sind weitgehend in ihrer neoliberalen Politik vertreten. Auch die Schweiz hat sich aus dieser Perspektive gesehen nicht verbessert. Die allgemeine Kritik, welche an die EU und im Speziellen am Vertrag von Lissabon gerichtet ist und im Dokument der Parteileitung präsentiert werden, wird vollständig von uns geteilt. Eine Kritik, die übrigens auch von den Parteien und Bewegungen, welche sich in der Europäischen Linken (EL) und im Strassburger Parlament wiederfinden, geteilt wird.

Die Frage der direkten Demokratie ist im Gegenteil falsch gestellt. Sofern es auf der einen Seite wahr ist, dass das kommunale Recht dem Recht jeder ganzen Nation überlegen ist, dann ist es auch wahr, dass auf der Ebene von nationalen, kantonalen und kommunalen Referenden und Initiativen, diese gültig bleiben und gültig sein werden im Falle eines Beitritts (vergleiche dazu die verschiedenen Referenden in Italien und Frankreich). Auf der anderen Seite ist es nicht wahr, dass der Prozess der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon von der EU bestimmt wurde. Jede Nation kann nach ihrem eigenen Ermessen handeln: Sie hat die Freiheit zu wählen, ob sie die Abstimmung darüber dem Volk überlässt oder ihn im Parlament ratifizieren lässt. Zum Beispiel haben Frankreich und die Niederlande im Jahr 2005 den ersten Vertrag einer Volksabstimmung unterworfen: Dieser scheiterte deutlich und die EU war dadurch gezwungen, den Vertrag vollkommen neu zu entwerfen. Was die Annahme des Vertrags von Lissabon anbelangt (welcher übrigens nichts weiter als eine fast gleiche Kopie des vorher abgelehnten Vertrags ist), muss man

erwähnen, dass der Vertrag erst von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden muss, um überhaupt in Kraft treten zu können. Momentan wird der Vorgang durch eine kleine Nation wie Irland blockiert, welche nach einer Volksabstimmung vor einem Jahr den Vertrag abgelehnt hat. Und die Situation kann nicht ohne die Zustimmung des irischen Volkes aufgelöst werden, sogar wenn die restlichen 26 Länder den Vertrag ratifiziert hätten.

### Die Option offen lassen

Die PdA ist seit fünf Jahren Mitglied der EL und teilt ihre harte Kritik im Angesicht des Europas der Grosskonzerne. Sicherlich ist dies nicht das Europa, welches wir mit unseren europäischen GenossInnen aufbauen wollen. Wir sind der Meinung, dass die zukünftigen Kämpfe allesamt auf lokaler, nationaler, europäischer und weltweiter Ebene geführt werden müssen. Wir können nicht warten, bis Europa sich von selbst weiterentwickelt, um dann beitreten zu können. Wir müssen bereits jetzt am Aufbau eines anderen Europas teilhaben. Wir dürfen nicht aussen vor bleiben. Wir, die Schweizerinnen und Schweizer, sind nicht besser als die anderen EuropäerInnen; im Gegenteil! Unsere Aufgabe ist es, über die engen Grenzen hinauszuschauen und gemeinsame Strategien mit anderen kommunistischen und progressiven Parteien zu entwickeln. Deswegen sind wir der Meinung, dass unsere Partei weiterhin Europa mit dem Willen zur Veränderung anschauen muss. Die Frage des Beitritts stellt sich jetzt nicht. Der Nationalrat hat längst die vor etwa 15 Jahren gestellte Anfrage eingefroren; am Tag nach dem Scheitern der Abstimmung, welche einen Beitritt zum Wirtschaftsraum vorschlug. Zurzeit würde eine solche Abstimmung sicherlich vom Grossteil der Bevölkerung abgelehnt werden, welche dem anti-europäischen Sirenenengesang der Rechten, der rechtsextremen Nationalisten und der Fremdenfeindlichen folgen würde. Die Entscheidung von vor 20 Jahren, die Option eines Beitritts offenzuhalten, war korrekt und bleibt aktuell. Wir stellen daher den Antrag, die Strategie nicht zu ändern und die Tür nach Europa offenzuhalten.



## THESEN UND SCHLUSSFOLGERUNEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

**Rolf Zbinden/ Marcel Hostetter.**

Diskussionspapier für den Kongress der Partei der Arbeit (PdA Schweiz) im Juni 2009

### I. Kurzthesen zur Europäischen Union

1. Der Römer Vertrag von 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG war eine Option der wichtigsten Grossmächte und des Monopolkapitalismus Westeuropas. Heute geben die Entwicklungen in der EU jenen Kräften Recht, welche dieser Politik den Kampf angesagt haben, die NEIN zum Maastricht-Vertrag sagten und heute ihre Gegnerschaft zum «Verfassungsvertrag» von Lissabon zum Ausdruck bringen. Die Entwicklung gibt all jenen Recht, die heute die Europäische Union des Grosskapitals als neoliberales und militaristisches Direktorium der Grossmächte bekämpfen.

2. Die von Seiten der dominierenden Kräfte der Europäischen Union, Sozialdemokraten, Konservative und Rechte unterschiedlicher Ausrichtung, propagierten Ziele wie Zusammenwachsen der nationalen Volkswirtschaften, Beschäftigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Ausbau der Demokratie, Frieden und gemeinsame Entwicklung auf dem Fuss der Gleichberechtigung – haben sich als Fehlanzeige erwiesen. Die EU hat zur Aufgabe, das transnationale Kapital mit europäischer Basis und die Grosskonzerne der wichtigsten europäischen Mächte zu stärken, indem sie ihren ökonomischen Machtbereich expandiert und ihren Einfluss auf die Festlegung der Politiken auf europäischer Ebene und in den Mitgliedsstaaten verstärkt, indem sie den Lohnabhängigen Rechte und Errungenschaften entzieht, und indem sie neue Märkte und Rohstoffgebiete ausbeutet.

3. Derzeit nehmen die Angriffe auf Beschäftigung und Löhne zu, desgleichen auf die Altersvorsorge und die soziale Sicherheit, das Arbeitsrecht und die gewerkschaftlichen Rechte. Grundlegende Rechte wie das Recht auf Schulbildung, Gesundheit und Sozialvorsorge werden in Märkte und Profitquellen des Grosskapitals verwandelt. Ausbeutung, Arbeitslosigkeit

und prekäre Beschäftigung nehmen zu. Die familienbetriebliche Landwirtschaft und Fischerei, die selbständigen Handwerker und kleinen Industriebetriebe werden durch die Herrschaft der Finanzgruppen und der Grossverteiler erdrückt.

4. Die demokratischen Rechte erleiden herbe Schläge. Der Antikommunismus wächst, in einigen Fällen mit Hilfe von Regierungen von EU-Mitgliedern, in anderen Fällen durch die Einrichtungen der EU selbst gefördert. Verbotserlasse und Verfolgung von politischen Linkskräften werden verallgemeinert, Rassismus und Fremdenhass genährt. In zahlreichen EULändern (Spanien, baltische Staaten, Tschechien, Ungarn, Polen) werden Oppositionsparteien unterdrückt und illegalisiert.

5. Die Militarisierung der EU schreitet zügig voran. Die fortlaufende Steigerung der Militärausgaben der EU-Mitglieder wird von der EU her forciert. Dazu kommt die Schaffung einer zentralen Rüstungsagentur, welche als europäisches Pendant zum Pentagon entstehen soll.

6. Zügig voran schreitet auch die Zusammenarbeit der EU mit der NATO und den USA, die sich nicht nur in den imperialistischen Kriegen, namentlich im Irak und Afghanistan, beweist, sondern auch in den illegalen Flügen der CIA, in den gemeinsamen Druckversuchen gegen das sozialistische Kuba und das boliviarische Venezuela und überhaupt gegen all jene Länder und Völker, welche den imperialistischen Welt herrschaftsplänen Widerstand leisten.

Diese Komplizenschaft zwischen EU und USA, die auch durch den Eintritt Frankreichs in die NATO-Kommandostrukturen zum Ausdruck kommt, widerlegt Illusionen derer, die in der Stärkung der EU ein Gegengift gegen die Vorherrschaft der USA erblicken möchten.

Der Expansionskurs der EU und der NATO sind nicht von einander zu trennen: Das europäische Grosskapital braucht die Osterweiterung der EU und der NATO, ebenso wie die Politik des Drucks gegen souveräne osteuropäische Länder, um seine Pläne der politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Herrschaft zu verfolgen. Dazu passt es, dass neue EU-Betrittskandidaten sich jeden Annäherungsschritt mit NATO-

Partnerschaften und NATO-Beitritt erkaufen müssen.

7. Nach innen zielt die Militarisierung der EU auf die weitgehende Unterordnung des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter die Erfordernisse der Hegemonialpolitik der EU-Grossmächte. Die EU-Regierungen richten sich durch eine gewaltige Aufrüstung auf den Ausbruch sozialer Unruhen ein.

Unter dem Vorwand des «Kriegs gegen den Terrorismus» wurde der repressive Apparat in den letzten Jahren massiv ausgebaut:

- durch personelle und finanzielle Aufstockung;
- juristisch, indem die Polizeibefugnisse ausgedehnt und die demokratischen Verfassungsrechte reglementiert und geschmälert werden;
- durch neue Bewaffnungen, die dem zutiefst menschenverachtenden Zug des Imperialismus entsprechen, wie etwa Taser, Drohnen usw.;
- durch Ausbau des Überwachungsstaates mit modernsten technischen Mitteln und internationale Vernetzung der angelegten Datenbestände;
- durch den Aufbau von privaten Schlägertrupps.

8. Die Souveränität und Unabhängigkeit der Völker und Länder werden immer öfter in Frage gestellt. Dies zeigt sich nicht nur im Inhalt, sondern auch in den Methoden zur Durchsetzung des «Verfassungsvertrags», trotz dessen ausdrücklicher Ablehnung durch die Völker Frankreichs und der Niederlande. Nie haben die Völker der EU-Mitglieder den Wunsch nach einer supranationalen Verfassung geäussert. Nie haben Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung stattgefunden, so dass die Parteien ihre Vorstellungen über Verfassungsalternativen in einem Wahlkampf hätten einbringen können, damit die Völker eine Richtung einschlagen könnten. Nie und nimmer haben die Völker die Regierungen ermächtigt oder beauftragt, hinter verschlossenen Türen eine Verfassung auszuhandeln und den Rechtsunterworfenen als vollendete Tatsache hinzustellen. Durch eine Reihe von Verträgen (Maastricht, Amsterdam, Nizza usw.) haben die Regierungen und die grossen Wirtschafts- und Finanzgruppen die Ausgestaltung der Europäischen Union als Direktorium der transnationalen Konzerne und der Grossmächte

vorangetrieben. Das alles ist über die Köpfe der Völker hinweg geschehen.

9. Die EU beruht auf einem Vertragswerk, in dem die politischen und ökonomischen Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele ihrer Urheber festgeschrieben sind: Militarisierung, Sozial- und Demokratieabbau sowie Privatisierungspolitik. Der Lissabon-Vertrag bedeutet weitere Souveränitätsverluste für die Völker der EU-Mitgliedsländer, verpflichtende militärische Aufrüstungsprogramme, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Menschen. Der Kapitalismus soll durch den Vertrag als einzig zulässiges Wirtschaftssystem festgeschrieben werden. Die EU ist daher weder für fortschrittliche Bewegungen instrumentalisierbar noch lässt sie sich in eine fortschrittliche oder gar revolutionäre Richtung transformieren.

## II. Schlussfolgerungen (Entwurf)

1. Aus diesen Gründen schliesst sich die PdA dem Kampf der kommunistischen Parteien und der Arbeiterklassen Europas gegen Euro-Zentralismus, Neoliberalismus und Militarismus an. Sie kämpft für ein Europa des Friedens und der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der Zusammenarbeit zwischen souveränen und gleichberechtigten Staaten. Damit berichtigt der Parteitag die vom Parteitag 1991 beschlossene Position, die teilweise das Ergebnis von isolierten, aus den Zeitumständen heraus verständlichen Fehleinschätzungen und Irrtümern war, teilweise aber auch Ausdruck der verschüchterten Preisgabe der proletarischen Weltanschauung und Klassenerfahrung.

2. Die PdA stellt sich sowohl gegen den Beitritt der Schweiz zur EU wie auch gegen die Abtretung von souveränen Rechten an supranationale Gebilde gleichen Charakters.

3. Soweit sich unter den in Kraft stehenden und überwiegend arbeiterfeindlichen Bestimmungen der Verträge mit der EU tatsächlich vereinzelte Erleichterungen für Gruppen von Lohnabhängigen aus dem EU-Raum und der Schweiz finden, fordern wir deren Anwendung auf Staatsangehörige aller Länder ungeachtet ihrer Mitgliedschaft in supranationalen Strukturen und Militärblöcken.

4. Die PdA verurteilt die Politik des kalten Anschlusses an EU und NATO, welche vom Bundesrat grösstenteils hinter dem Rücken des Volkes geführt wird, weil man das Licht der Öffentlichkeit scheut – das sich gelegentlich dann doch den Weg bahnt (Tornado Absturz, CIA-Fax, Aktion Papierwolf).

## III. Zum Papier Crivelli (Für ein Europa der Völker und nicht des Grosskapitals)

1. Genosse Crivelli verschleiert den Klassencharakter der EU (die Frage: wer wen?) und nährt die falsche Vorstellung, dass der politische Überbau über imperialistischer Ökonomik demokratisch usw. sein könne.

2. Crivelli spricht von Demokratie, aber nicht vom Baskenland. Er spricht von Frieden, aber nicht von Jugoslawien. Er verzichtet auf eine Auseinandersetzung mit der konkreten EU und ihren konkreten Politiken, und speist uns stattdessen mit pseudokritischer Rhetorik ab. Dazu gehört, dass er den Begriff Europa instrumentalisiert, indem er die EU mit Europa geradewegs gleichsetzt, so dass jede EU-Kritik für eine Kritik an Europa erscheinen muss. (vgl. die Formulierung «Unsere Partei soll Europa ... mit dem Willen zur Veränderung anschauen.»)

3. Er verwechselt den proletarischen Internationalismus mit bürgerlichem Kosmopolitismus, dem er sich so verbunden fühlt, dass er zur Selbstgeißelung aufruft: «Wir Schweizer ... sind nicht besser als die an-

deren Europäer, im Gegenteil!». Crivelli versteht nicht, dass der Kapitalismus aus einem Befreier der Nationen zu deren Unterdrücker geworden ist.

4. Crivelli leugnet die antidemokratischen Druckversuche vor und nach dem irischen Referendum und den antidemokratischen Charakter des Prozesses zur Durchsetzung der neuen EU-Verfassung. Er scheut sich nicht vor sachlicher Falschinformation, indem er so tut, als würden im Falle eines EU Beitritts die direktdemokratische Instrumente des Referendums der Initiative unbeschadet weiter gelten.

5. In denunziatorischer und beleidigender Weise stellt er die EU-Gegnerschaft innerhalb der PdA in die SVP-Ecke und warnt die Partei, «nicht den rechtsextremen Nationalisten und der Fremdenfeindlichkeit zu folgen.»

6. Crivellis Diffamierungen richten sich auch gegen den «Grossteil der Bevölkerung», von deren Konsultation der Demokrat Crivelli lieber absehen möchte. Dabei unterstellt er der ablehnenden Volksmehrheit, den rechten Sirengesängen zu folgen. Hier eine Frage: wenn es die behauptete Volksverblendung durch die SVP gibt, muss ein Kommunist sich dann nicht nach deren Ursachen fragen? Stattdessen predigt Crivelli einen politischen Elitismus, der sich für eine kleine Gruppe leicht als self fulfilling prophecy herausstellen könnte.



## EUROPA IST DER FAHNENTRÄGER DES KAPITALISMUS

*Esteban Munoz / Cecilia Toledou.*

Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg wird der europäische Kontinent territorial und ideologisch in zwei Lager geteilt: den Kapitalismus im Westen und den Sozialismus im Osten. Während die Kommunisten in den Ländern des Ostens an die Macht gelangen, unterzeichnet Westeuropa (Frankreich, Benelux und das Vereinigte Königreich) am 17. März 1948 in Brüssel ein Abkommen zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft und der gemeinsamen Verteidigung. Der am 3. April 1948 unterzeichnete Marshall-Plan ist die finanzielle Unterstützung, welche die Vereinigten Staaten für den Wiederaufbau Westeuropas einsetzen. Über das direkte wirtschaftliche Interesse der führenden kapitalistischen Macht zur Durchsetzung von Massnahmen, welche die Europäer zwingen, «made in USA» zu kaufen, bezweckte diese Hilfe, die zu fast 90 Prozent in Form von Spenden erfolgte, den wirtschaftlichen Zusammenbruch der alten imperialistischen Mächte zu verhindern und den Einfluss und die Wahlerfolge der westlichen kommunistischen Parteien einzudämmen. Der Wille, ein Bollwerk gegen den Sozialismus zu errichten, sollte durch die Schaffung der NATO gekrönt werden, einem am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Militärabkommen, das alle imperialistischen Mächte des Westens hinter dem USamerikanischen Imperialismus vereinte. Dieser militärische Angriffspakt steht auch 60 Jahre nach seiner Gründung immer noch in Kraft und hat sich nach 1990 um osteuropäische Länder erweitert. Frankreich, das sich 1966 von den Kommandostrukturen der NATO zurückgezogen hatte, hat sich kürzlich unter der Verantwortung von Nicolas Sarkozy wieder in Reih und Glied gestellt.

Am 18. April 1951 rufen Frankreich, die Benelux-Länder, die Bundesrepublik Deutschland und Italien die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) ins Leben, um den Austausch von Rohstoffen zu fördern, die Nachkriegswirtschaft zu beleben und Europa eine selbständige Produktion sicherzustellen. Es ist wichtig, den Ursprung der europäi-

schen Konstruktion und ihrer Bestimmung zur Einschränkung der kommunistischen Weltbewegung und zur Zerstörung der Sowjetunion richtig zu verstehen. Das Projekt zum Aufbau Europas steht solide auf dem Fundament des Kapitalismus und des Imperialismus. Die frommen Wünsche nach einem sozialen Europa des Fortschritts und des Friedens liegen weitab von den wahren Motiven der Europäischen Union.

### Schrittweise Wiederherstellung des Kapitalismus im sozialistischen Block

Die Absichten des Imperialismus sind klar. Sobald sich die Arbeiter der Staatsgewalt bemächtigen, um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, vereinigen sich die Armeen des Imperialismus und versuchen, die Aufständischen erbarmungslos zu zerschmettern. Dieses Ziel haben die imperialistischen westeuropäischen Regierungen seit der Zeit nach der Oktoberrevolution von 1917 zu erreichen versucht, als sie den Bürgerkrieg in Russland entfesselten. Die erste sozialistische Republik hat den fremden Invasionen widerstanden, ist in der Zwischenkriegszeit erstarkt und hat ihren Einfluss ausgeweitet, indem sie die antifaschistischen und antikolonialen Kämpfe der Völker der ganzen Welt unterstützte. Die Sowjetunion konnte sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Sieger über den Nazionalfaschismus rühmen und hatte das kollektive Eigentum über die Produktionsmittel und die Kollektivierung des Grundeigentums erfolgreich geschützt.

Zum Leidwesen der sowjetischen Arbeiterklasse und zum Schaden der internationalen kommunistischen Bewegung haben die sowjetischen Führer der Nachkriegszeit von Nikita Chruschtschow bis Michail Gorbatschow die Saat gestreut, welche die Bedingungen für die Wiederherstellung des Kapitalismus hervorgebracht hat. In der UdSSR und im sozialistischen Block wurden schrittweise ideologische Positionen fallen gelassen. Ein Beispiel ist die Selbstverwaltung von Betrieben, welche zur Folge hatte, die Arbeiter gegeneinander in Konkurrenz zu setzen und zur Forderung führte, dass jeder Betrieb seinen Beitrag an das Wirtschaftswachstum erbringen müsse, wobei bestimmte Betriebe, die zur Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Arbeiter unverzichtbar sind, unweigerlich

defizitär waren. Es kam auch zum schrittweisen Übergang des Eigentums an bestimmten Produktionsmitteln des Staates an die Kolchosen (Bauerngenossenschaften). Die Modernisierung der Landwirtschaft wurde namentlich dank der Produktion von Maschinen und Traktoren erreicht. Diese waren von der Arbeiterklasse produziert worden und gehörten durch das Staatseigentum der Gesamtheit der Werktätigen. Sobald dieses Eigentum an Genossenschaften übertragen wird, sollten diese auch für Wartung und Ersatz der Maschinen aufkommen müssen, was sehr teuer ist. Anstatt dazu angehalten zu werden, dass sie für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter sparen, wurden die Kolchosen und Staatsbetriebe gezwungen, Kapital zu bilden, um ihrer neuen wirtschaftlichen Verantwortung nachzukommen.

### Sowjetischer Revisionismus und Eurokommunismus

Die ideologischen Zugeständnisse waren zahlreich, beginnend mit denen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regimes. Aber noch schädlichere Theorien brachten das sozialistische Staatensystem zum Zusammenbruch: Unter dem Sozialismus sei der Klassenkampf nicht mehr der Motor der Entwicklung. So dass die sowjetischen Arbeiter, Bauern und Unternehmer keine Klassenkonflikte mehr auszutragen hätten.

Der Fassade halber hat sich der Eurokommunismus als Gegenspieler zum sozialistischen Block positioniert, obwohl in Ost und West dieselben Thesen vertreten werden. In Gestalt des Revisionismus und des Eurokommunismus haben die kommunistischen Parteien im Osten wie im Westen ihre ideologischen Bezugspunkte preisgegeben.

Der Sozialismus würde keine konkrete Machteroberung durch die Arbeiterklasse erfordern, und könne eines Tages nach langen Jahren des friedlichen Kampfes in den Parlamenten herauskommen. Das Konzept eines friedlichen Weges zum Sozialismus unterscheidet sich in den kommunistischen Parteien in Ost und West kaum. Der Kampf um die Demokratie wird als wichtiger hingestellt als der Kampf für den Sozialismus. Was unterscheidet eigentlich den sowjetischen Revisionismus

vom Eurokommunismus? Zum Begriff «Eurokommunismus» erklärte Enrico Berlinguer: «Dieser Begriff wurde nicht von uns selbst gewählt, aber die Tatsache, dass er so verbreitet ist, zeigt, wie tief die Erwartungen der Länder Westeuropas nach der Festigung und dem Fortschritt von neuartigen Lösungsansätzen bei der Veränderung der Gesellschaft in sozialistischem Sinne gehen.» In der Tat wurde die Bezeichnung «Eurokommunismus» durch die Presse weit verbreitet. Es ist zumindest naiv zu meinen, dass die Presse dabei aus einem Gefühl der Anhänglichkeit zum Kommunismus gehandelt hätte. Die Bourgeoisien Spaniens, Italiens und Frankreichs hatten alles direkte Interesse an der Verwandlung der westlichen KP's und an der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung bis hin zum Bruch und zur Zergliederung des sozialistischen Blocks. Nachdem sich die Italienische Kommunistische Partei vom Marxismus-Leninismus entfernt hatte, forderte sie geradewegs den Verbleib Italiens in der NATO. «Der Verbleib Italiens im Nordatlantik-Pakt fließt aus der Notwendigkeit zur Wahrung eines Gleichgewichts der Kräfte, von dem der Erhalt des Friedens in Europa und der Welt abhängt.»

### Konterrevolution im Samt

Die Entspannung und die friedliche Koexistenz führen den sozialistischen Block der Wiederaufrichtung des Kapitalismus entgegen. Im Jahre 1974 unterzeichnet Rumänien als erstes Land des sozialistischen Staatensystems ein Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, welches das Land in ein System vom verallgemeinerten Meistbegünstigungs-Klauseln einbindet und ihm Subventionen einträgt. Der Imperialismus versuchte erfolgreich, den sozialistischen Block zu zersplittern, indem er ein die sozialistischen Regimes Osteuropas eines um das andere destabilisierte und sie gegeneinander ausspielte. Durch ihre Subventionen zeichnete die Europäische Gemeinschaft Rumänien aus, weil dieses die sowjetischen Interventionen in Ungarn und der Tschechoslowakei verurteilt hatte.

Der Machtantritt von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion in Begleitung von «Glasnost» und «Perestroïka» rief besonders im Westen Hoffnungen hervor, die einen poli-

tischen Regenbogen von den Eurokommunisten bis zu den Neoliberalen wie Reagan und Thatcher vereinigen. «Ich bin eine überzeugte Anhängerin von Perestroïka. Das ist eine kühne und sehr attraktive Idee. Sie führt zu grösseren Freiheiten für die Sowjetbürger, sie öffnet einen Weg zu Fortschritt und Wohlstand. Meines Erachtens erfüllt die Sowjetunion heute eine historische Mission», sagte Margaret Thatcher anno 1989.

Einige Monate nach dem Fall der Berliner Mauer erklärte ein russischer Ökonom im amtlichen Bulletin der Nachrichtenagentur Novosti: «Die Bundesrepublik, dann das vereinigte Deutschland, könnten die internationale Hilfe in Richtung Unterstützung der Perestroïka und des Übergangs der UdSSR zur Marktwirtschaft lenken.»

«So wie das allmählich zusammenwachsende Europa den Rahmen für die grundlegende Wandlung des deutsch-französischen Verhältnisses bot, so war und ist diese Gemeinsamkeit von Franzosen und Deutschen auch Voraussetzung, Grundlage und bleibender Antrieb für den europäischen Einigungsprozeß», Helmut Kohl, Rede zur Entgegennahme des an ihn und Mitterand verliehenen Karls-Preises (Aachen, 1. November 1988).

Mit der Forderung nach deutscher Vereinigung und auf breiterer Ebene der europäischen Einigung gelang es dem Imperialismus einesteils, die UdSSR zu isolieren und zum anderen gestattete sie die Wiederaufrichtung des Kapitalismus im sozialistischen Block auf dem Weg des Eindringens und der Ausbreitung von ausländischem Kapital. Der deutsche Kanzler Helmut Kohl versprach den Deutschen anlässlich der Wiedervereinigung: «Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor – dafür vielen besser.» Innerhalb von zehn Jahren ist die Industrieproduktion in der Ex-DDR auf die Hälfte zurückgegangen, und mehr als 2,5 Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet.

### Vielversprechende Perspektiven nach dem Fall der Berliner Mauer?

Am 16. November 1989 schrieb Genosse Jean Spielmann, seinerzeit Generalsekretär der PdA ein Editorial von Voix-Ouvrière-Réalités, worin er behauptete, dass «die Völker sich auf dem Marsch befinden, dass die Demokratisierung in den sozialisti-

schen Staaten nun entschlossen auf die Tagesordnung gesetzt» wird. Er fährt fort, indem er hervorhebt, dass «alle, die sich mit der Demokratie und dem Sozialismus verbunden haben, können sich über diese Beschleunigung der Reformen, über den Fall der Berliner Mauer nur freuen»; die Mauer sei «unter dem Druck des Volkes gefallen, gefällt durch die Beschlüsse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei der DDR, welche die Symbolik der Mauer durch einen Reformprozess und die Organisation von Wahlen mit Gewährleistung von geheimen, freien, demokratischen und pluralistischen Wahlen ersetzen», und dass «diese neue Periode reale und vielversprechende Perspektiven für eine Erneuerung des Sozialismus eröffnet.»

Der Artikel von 1989 wirft zum Abschluss die Frage auf: «Und der Aufbau Europas? Was für ein Europa nun? Jenes der Völker, aller Völker, - oder das ihrige, dasjenige des Geldes, des Kapitals und der Multinationalen?» Eine gewisse Blindheit hielt die Arbeiterbewegung davon ab, eine «konkrete Analyse der konkreten Lage» vorzunehmen. In Ost und West wurden Perestroïka und Glasnost mit Applaus aufgenommen. Diese politischen und ökonomischen Reformen haben leider den faschistischen, kapitalistischen und religiösen Kreisen in weitem Umfang gestattet, sich frei auszudrücken, während die Zensur die echten Kommunisten verurteilte, welche eine Verstärkung der sozialistischen Demokratie, der Demokratie für die Werktätigen, forderten.

Wenn zahlreiche Kommunisten glaubten, dass die Völker in Bewegung seien, war es tatsächlich logisch, den «Übergang der Gesellschaft in sozialistische Richtung» anzustreben, wie es Enrico Berlinguer meinte, und zu schliessen, dass «reale und vielversprechende Perspektiven für eine Erneuerung des Sozialismus» zur Entwicklung eines Europas der Völker tendieren würden.

Nach zwei Jahrzehnten der Privatisierung der über alle Jahre von den Arbeitern und Bauern der osteuropäischen Völker akkumulierten Arbeit, können wir nicht mehr bezweifeln, dass die Pläne des Imperialismus und der CIA ihr Gelingen den kombinierten Wirkungen der kapitalistischen Propaganda und der Blindheit eines Grossteils der Arbeiterbewegung zu verdanken haben.

**Eurokommunismus: schachmatt**

Die Partei der Europäischen Linken wird 2004 gegründet, ohne dass die ideologischen Schwächeanfänge in Frage gestellt werden, die den Kommunismus und die Linke ganz allgemein dermassen geschwächt haben. Ein ganzer ideologischer und politischer Prozess hat die kommunistischen Parteien dazu geführt, den x «linken» Parteien auf europäischer Ebene noch eine weitere hinzuzufügen. Der Eurokommunismus hat nicht die von seinen Gründern angestrebte Breite erreicht. Nach katastrophalen Ergebnissen für die Linke bei den Europawahlen und niederschmetternden Resultaten der französische KP entschliesst sich diese, nicht länger an den sozialliberalen Regierungen teilzunehmen, als Laurent Fabius 1984 Premier wird.

Die Italienische KP wird ihrerseits 1991 aufgelöst. Achille Occhetto verkündet seit dem 18. Kongress von 1989, dass «wenn eine Partei angesichts der Veränderungen von solcher Tragweite und angesichts der Fakten, die das gesamte Panorama der Weltpolitik verschieben, aus eigenem Antrieb und ohne Druck von äusseren Umständen beschliessen sollte, zusammen mit anderen eine neue politische Formation ins Leben zu rufen, dann nur zu, dann würde es sich um eine ernstzunehmende Sache handeln, die weder der Vernunft, noch der Ehre einer politischen Organisation Abbruch tut.»

Seit dem Fall der Berliner Mauer und der Wiederaufrichtung des Kapitalismus in der UdSSR - «Veränderungen von solcher Tragweite» - könne die PCI die Schaffung einer «neuen politischen Kraft» anstreben. Die «neue» demokratische Linkspartei gründet in der Einäscherung der italienischen KP. Der Eurokommunismus ist ein Misserfolg in dem Sinne, dass es ihm nicht gelungen ist, die kommunistischen Parteien Westeuropas völlig in sozialdemokratische Parteien zu verwandeln. In der Folge wurde die italienische KP zerstört. Die PCE lebt praktisch nur über die «Izquierda Unida» (Vereinigte Linke) weiter und die französische KP befindet sich immer noch in einem Wandlungsprozess.

**POLITISCHE THESEN DES 2. KONGRESSES DER ELP****Ideologische Hochstapelei**

Hochstapler ist, wer die anderen täuscht,

um als etwas zu gelten, was er nicht ist. Die Europäische Linkspartei ELP ist eine juristische Person, welche die Ideale einer kommunistischen und revolutionären Partei usurpiert. Laut den politischen Thesen des 2. Kongresses der ELP haben die Entwicklungen «erneut zu der Frage geführt: Sozialismus oder Barbarei?». Das wird zur Kenntnis genommen, aber bei der Lektüre der 22 Seiten taucht das Wort «Sozialismus» nicht an einer einzigen anderen Stelle auf. Die Europäische Linkspartei fasst den Begriff des Sozialismus in einer einseitig historischen Bedeutung auf. Keiner ihrer Parteiführer hat den Mut, laut und deutlich auszusprechen, dass der Sozialismus aktuell das ist, was die Völker Europas und der Welt notwendig brauchen. Stattdessen musste man bei einer heute 138 jährigen Rosa Luxemburg fündig werden, um sich feig hinter ihrem Wort zu verstecken. Das Zitat der Genossin Luxemburg ist richtig, aber es muss vervollständigt werden durch Thesen, die für das 21. Jahrhundert erklären sollen, wie der Faschismus verhindert, und wie der Weg zum Sozialismus beschränkt werden kann. Anstatt kommunistische Konzepte wieder zu aktualisieren, bemüht sich die ELP, solche zu leugnen und den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als «veraltet» abzutun. Es gäbe demnach nichts Antiquierteres als den Klassenkampf oder die Diktatur des Proletariats - und nichts Moderneres als die «Schaffung von neuen politischen Kräften».

**Verurteilung des Kommunismus durch Europa**

Die ELP richtet ihren Ehrgeiz darauf, «die Idee einer linken Alternative zu lancieren». Nicht mehr und nicht weniger. Ob das genügen wird, um der Barbarei entgegen zu treten? Am 25. Januar 2006 verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarats mit 99 gegen 42 Stimmen und 12 Enthaltungen eine Motion von Göran Lindblad über die «Notwendigkeit einer internationalen Verurteilung der Verbrechen der totalitären kommunistischen Regimes», die sich auch gegen den Arbeiterkampf richtet, denn gemäss Artikel 3 der Motion wurden «die Verbrechen ... mit der Theorie des Klassenkampfes und dem Prinzip der Diktatur des Proletariats gerechtfertigt.» Für die PCF ist «der Stalinismus eine

furchtbare Perversion eines kommunistischen Ideals». Und für Göran Lindblad ist «die Ideologie des Kommunismus an und für sich pervers». Offensichtlich liegt das wirklich Perverse, wie die PCF in ihrer Erklärung übrigens hervorhebt, in der Gleichsetzung von Kommunismus und Nazismus. Was daher zur Beunruhigung Anlass gibt, ist die Tatsache, dass die Analyse des PCF über die Anwendung des Sozialismus in der UdSSR befremdlich derjenigen von Lindblad und seiner negationistischen Freunde ähnlich sieht.

Zahlreiche Mitglieder der Europäischen Union wie Estland, Lettland, Litauen und Rumänien untersagen die Existenz oder Tätigkeit von kommunistischen Parteien. Das Gesetz bestraft den Gebrauch von sozialistischen Symbolen in Ungarn und der Tschechischen Republik. Dagegen werden Versammlungen von alten Legionären der Waffen-SS bewilligt, wie in Riga am 16. März 2009. Diese alten Folterer und Kriegsverbrecher werden rehabilitiert und erhalten munter Militärpensionen.

Gleichzeitig werden antirussische und antikommunistische Hexenjagden in den baltischen Ländern veranstaltet. In Litauen sind zwei kommunistische Parteiführer seit 10 Jahren im Kerker eingesperrt. Das Phänomen der Rehabilitierung von Nazis erscheint auch in Finnland, Polen, Rumänien, der Ukraine und in Flandern. Das Stillschweigen der gesamten Europäischen Union über diese Tatsachen ist entlarvend.

**Das demokratische Europa?**

Wie kann man denken, dass die EU mit so reaktionären Massnahmen zu einem sozialen und demokratischen Europa werden könnte? Die ELP will, «dass das Europäische Parlament, das einzige Subjekt, das im gegenwärtigen institutionellen Aufbau der Union die Volkssouveränität repräsentiert, und die nationalen Parlamente tatsächlich die Akteure bei den Entscheidungen sind, die die institutionelle und politische Zukunft Europas betreffen. Das europäische Parlament, so «demokratisch und legitim» es denn sei, ist nicht nicht nur fähig, einen Lindblatt-Bericht gutzuheissen, sondern verfolgt die Politik des Grosskapitals auch bequemer als in den nationalen Parlamenten. Deswegen steht jede Ausweitung der Kompetenzen des

Europäischen Parlaments der nationalen Souveränität und Volkssouveränität entgegen. Die ELP fordert «eine wirkliche Debatte über den Inhalt des neuen Vertrages mit Beteiligung der Völker, bevor eine Entscheidung gefasst wird, und die Ratifizierung per Referendum in allen Ländern der Europäischen Union.» Während sich bestimmte europäische Völker bereits durch ein Referendum äussern konnten und den Verfassungsvertrag verworfen haben, will die EU über die Volksentscheidungen hinweg treten. Die ELP müsste wenn schon eher die Frage aufwerfen, wie man die EU zwingen kann, dem Willen der Völker zu folgen und ihn umzusetzen.

So kann man nicht über die folgende Feststellung erstaunt sein: «Die Legitimitätskrise der Politik gefährdet den Prozess der europäischen Integration. Das Vertrauen in die europäischen Institutionen war noch nie so gering wie heute.» Wie kann die ELP gegen die wenig demokratische Haltung der EU protestieren und gleichzeitig in bange Sorge und Erstaunen darüber geraten, dass der europäische Integrationsprozess gefährdet sei?

Vielleicht weil die ELP sich in ihren Statuten zum Ziel setzt, «eine europäische Öffentlichkeitsarbeit zu fördern, die die Herausbildung einer europäischen Identität entsprechend unseren Werten und Zielen aktiv unterstützt», und zwar um jeden Preis und unabhängig von der Ideologie, welche dabei befördert wird. Ausserdem ist die Existenz der ELP durch Subventionen der EU-Institutionen garantiert. «Die Europäische Linkspartei trat als einziger politischer Akteur des Kontinents mit einer einheitlichen Haltung zum europäischen Verfassungsvertrag auf». Was soll man dazu sagen, wenn gewisse auf der Liste der PCF («Bouger l'Europe», Europa bewegen) gewählte europäische Parlamentarier wie Geneviève Fraisse im französischen Referendumskampf 2005 für ein Ja zum europäischen Verfassungsvertrag warben?

#### Das Europa des Friedens?

«Es ist nicht zu akzeptieren, dass Europa immer noch nicht imstande ist, international als starke Stimme gegen den Krieg zu agieren.»<sup>15</sup> Wenn die Intervention im Irak eine Koalition Frankreich-Deutschland-Russland gegen diesen Krieg hervorge-

bracht hat, so war dies keinesfalls aus humanitären Gründen. Darauf zu bauen, dass sich das Europa des Kapitals zugunsten des Friedens auf der Welt einsetzen könne, ist unrealistisch. Die ELP wendet sich «scharf gegen jegliche militärische Lösung des Nuklearstreits mit dem Iran.» Aber «die Europäische Linke zeigt sich auch «besorgt über die derzeitigen Versuche der herrschenden Kreise Irans zur Unterdrückung von Kräften, die sich für die Demokratisierung der iranischen Gesellschaft einsetzen.»

Ihre Haltung besteht in der Verurteilung der imperialistischen Absichten, bei gleichzeitiger Übernahme der Argumente der Kriegsführenden; dieses «ja aber» ist eine inkohärente Haltung gegenüber der Selbstbestimmung der Völker und dem Kampf um die Erhaltung des Friedens. «Die Europäische Union hat eine besondere Verpflichtung, zum Frieden auf dem Kontinent beizutragen. Das muss aktive Schritte zur Überwindung der Folgen der Kriege in Ex-Jugoslawien einschliessen, der ersten Kriege in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, wo europäische Staaten beteiligt waren. Die gegenwärtige Entwicklung um Kosovo hängt mit der verfehlten Politik der Europäischen Union gegenüber Ex-Jugoslawien zusammen. Wir lehnen jegliche einseitigen Verhandlungen über den künftigen Status Kosovos ab.» In der Stunde der Wahrheit, wenn es notwendig wird, dass sich die Kommunisten dem Krieg energisch widersetzen, wird dann die europäische Linke handeln, wie sie es bei den Bombardierungen Jugoslawiens vor machte?

Oskar Lafontaine erklärte 1999: «Es ist überhaupt kein Zweifel, daß Milosevic eine verbrecherische Politik verfolgt, die verurteilt werden muss. Und es ist kein Zweifel, dass alles versucht werden muss, diese verbrecherische Politik zu stoppen, ihr Einhalt zu gebieten. Und es ist anerkennenswert, dass die westliche Staatengemeinschaft das versucht, dass sie sich engagiert, und dennoch sind wir verpflichtet, kritisch zu überlegen, ob die bisherige Entscheidung richtig war.» Diese Analyse ist eine Beglaubigung der imperialistischen Propaganda der USA und der NATO, welche ihre Fresslust als humanitäre Tat hinzustellen versuchen. «Man sollte gegenüber dem amerikanischen Bündnispartner

deutlich machen, dass das Zur-Seite-Schieben der UNO ein Fehler ist.» Trotzdem hat Lafontaine schliesslich dem Krieg «als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zugestimmt, weil es nicht verantwortbar gewesen wäre, nach all den Vorbereitungen und nach all dem, was vorher von den Regierungen Europas und den Vereinigten Staaten auf den Weg gebracht worden ist, innerhalb weniger Tage zu stoppen oder gar zu verändern.» Er erklärt dies mit seiner Auffassung, «dass die jetzige militärische Vorgehensweise überhaupt nur begründbar ist, wenn man darauf setzte, dass nach militärischen Angriffen es wie vor einigen Jahren zu einer Unterschrift von Milosevic kommen würde und dass diese Unterschrift dann die Kriegshandlungen beenden wird.» Endlich begrüsst der derzeitige Parteiführer von «Die Linke», «dass der Bundeskanzler einen Marshallplan ins Gespräch gebracht hat, dass jetzt darüber gesprochen wird, wie das Zerstörte wieder aufgebaut werden kann.» Welche Glaubwürdigkeit kann man den Erklärungen der ELP beimessen, wenn man die Haltung eines ihrer wichtigsten Parteiführer gegenüber Jugoslawien studiert?

«Neue Kriege werden nicht, wie behauptet, um Menschenrechte, Demokratie und Abrüstung geführt, sondern um den Verlauf von Pipelines, um Märkte, um eine imperiale Neuaufteilung der Welt. Es besteht die reale Gefahr, dass Europa mehr und mehr in solche Kriege hineingezogen wird.»<sup>23</sup> Die Kriege haben immer ökonomische Ursachen, ob es den Pseudo-Kommunisten, die sich auf das Wort der Informationen der bürgerlichen Massenmedien verlassen, gefallen mag oder nicht! Es ist klar, dass die EU, in enger Zusammenarbeit mit der NATO, sich an einer weltumspannenden Rüstungseskalade beteiligt. Die EU will eine erstrangige militärische Position auf dem geostrategischen Schachbrett erlangen und ihren Anteil bei der Führung der gegenwärtigen und zukünftigen Kriege steigern.

#### SCHLUSSFOLGERUNG

Die europäische Konstruktion ist klar ein Projekt mit dem Zweck, die Werktätigen zu rupfen, ihnen die sozialen Errungenschaften und den Völkern ihre Souveränität

wegzunehmen. Der Boykott der Wahlen der EU des Kapitals oder der Austritt bestimmter Länder aus der EU sind die besten Mittel, einerseits um einen klaren Widerstand gegen die antidemokratischen Praktiken zu behaupten, und andererseits um die Souveränität und den Volkswillen zu stärken. Während die Völker der europäischen Konstruktion zu Recht misstrauen, bedeutet die Teilnahme der ELP an den europäischen Wahlen eine Strategie, welche die bourgeoisen Institutionen der kapitalistischen EU stärkt. Deswegen entmutigt sie den Klassenkampf, den die Werktätigen auf lokaler und nationaler Ebene führen, da sie zusätzlich auf supranationaler Ebene den Kampf gegen die Machtkonzentration in Europa organisieren müssen.

Der Beitritt von Ländern Osteuropas zur Europäischen Union hat diese immer näher an die russischen Grenzen gebracht. Den samtenen folgten die farbigen Konterrevolutionen. Wir konnten Zeugen des versuchten Staatsstreichs in Moldawien werden, der wie ein *déjà vu* der Ereignisse vom 22. Dezember 1989 in Bukarest<sup>24</sup> ablief, und die guten Wahlergebnisse der Kommunistischen Partei zum Anlass nahm.

Der Sozialismus ist ein Projekt, das bei europäischen Demokraten unaufhörlich Anstoss hervorrufen wird. Egal ob die Macht durch die bürgerlichen Instrumente oder durch eine starke Mobilisierung des Volkes erobert wird, ob der Übergang zum Sozialismus sich friedlich vollzieht oder nicht, der Imperialismus wird immer mit Gewalt sein Veto einlegen, ohne sich wegen humanistischen Rücksichten zu genieren. Dem Arbeiter- und Bauernvolk Moldawiens und seiner Vertreterin, der Kommunistischen Partei der moldawischen Republik, muss eine bedingungslose Unterstützung erbracht werden. Es kann nicht mehr behauptet werden, dass diese

Umsturzversuche durch Erwartungen auf ein Mehr an Demokratie motiviert seien. Wir sollten uns fähig erweisen, hier die Hand des Imperialismus, der CIA und des NED zu erkennen. Die Partei der Arbeit der Schweiz muss feste Beziehungen mit jeder kommunistischen Partei in Europa und der Welt anknüpfen, um eine Botschaft von der ideologischen Erholung abzustatten und um den zu Beginn des Jahrhunderts bevorstehenden schwierigen Situationen zu begegnen.

In der Tat, welche Haltung werden wir einnehmen, wenn ein Krieg gegen Iran, Syrien, Russland, China oder Nordkorea ausbricht? Werden wir alle schweigen und bewegungslos verharren wie so oft in der Vergangenheit? Oder werden wir endlich die Vorherrschaft der Bourgeoisie und des Europa des Kapitals in Frage stellen? Wie werden wir auf die Schaffung einer «neuen politischen Kraft» der Linken reagieren? Diese Option wird von der ELP geradezu ermutigt. Können wir es zulassen, dass die ELP auch eigens zur Isolierung der Kommunisten beiträgt, indem sie nationale Konkurrenzparteien der kommunistischen Parteien in ihre Reihen aufnimmt, wie im Falle von Griechenland und Portugal?

Schliesslich ist die Europäische Union nicht reformierbar. Die Kommunisten können sich nicht das Ziel setzen, die Europäische Union umzugestalten, während jedes ihrer Mitgliedsländer ein kapitalistisches System vertritt. Ohne dass die Kommunisten die Frage der Machtübernahme durch die Werktätigen aufwerfen, wird sich unmöglich eine sozialistische Alternative abzeichnen, weder im nationalen noch im europäischen Rahmen. Die Entwicklung des Sozialismus in Europa hängt auch von der Fähigkeit der Kommunisten ab, geeint zu bleiben und revolutionäre Thesen zu entwickeln. Der Sozialismus von unten, das will nicht nur heissen, ein partizipativer

Sozialismus, sondern bedeutet auch, dass der Sozialismus nicht vom Europäischen Parlament durch Eliten entwickelt werden kann, und dass vielmehr der nationale Rahmen noch einen grossen Handlungsspielraum für die ersten Schritte abgibt, die zum Sozialismus führen. Die Praxis von fast 60 Jahren der europäischen Konstruktion hat gezeigt, dass der Kapitalismus sehr tief in den politischen und ideologischen Strukturen des europäischen Kontinents verwurzelt ist. Es genügt nicht, einige attraktive Ideen über Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt zu propagieren, um die Völker Europas in Marsch zu versetzen. Es gibt es objektive Bedingungen, die es zu studieren gilt, um eine kohärente und dauerhafte Strategie auszuarbeiten. Denn ein EU-Beitritt um des Beitritts willen macht absolut keinen Sinn. Wir müssen unsere Stellungnahme auf eine grundlegende Analyse stellen, die aufzeigt, ob der Beitritt uns auf dem Weg zum Sozialismus voran bringt oder nicht.

Auf unserer Seite steht eine ELP ohne Inhalt und ohne ideologische Reflexion, unfähig zum festen Widerstand gegen Krieg und Lissabon-Vertrag, die sich offen als Spalterin der europäischen kommunistischen Bewegung betätigt. Auf ihrer Seite steht eine erstarkte atlantische Allianz, eine Verurteilung des Kommunismus und Rehabilitierung alter Faschisten, eine europäische Vorherrschaft, die alle demokratischen Grundsätze und alle sozialen Errungenschaften der Lohnabhängigen wegfegt. Folglich muss sich die Partei der Arbeit der Schweiz dem Beitritt der Schweiz an die Europäische Union widersetzen, muss die schweizerische Bevölkerung über alle antidemokratischen, antisozialen, kriegerischen Manöver der EU aufklären und die Völker unterstützen, die sich dem Aufbau eines Europa des Kapitals entgegen stellen und den Austritt aus der EU verlangen.



## DIE EUROPÄISCHE UNION, DIE SCHWEIZ UND DIE KOMMUNISTEN

*Marina Wyss, Amedeo Sartorio, Beat Wyss, Massimiliano AY, Nadir Cortesi*

### I - Einleitung

Das Ende des Zweiten Weltkriegs zog einen Schlussstrich unter die Hegemonie der europäischen Mächte über den Rest der Welt. Die USA und die UdSSR traten als neue Protagonisten des internationalen Gleichgewichts auf, und die europäischen Länder fanden sich in zwei Blöcken einander entgegengestellt, die unter dem Einfluss beider Supermächte standen. Im Verlauf des folgenden Jahrzehnts schränkte der Entkolonialisierungsprozess die westeuropäischen Mächte noch enger ein, die zu einer Politik der gegenseitigen Integration gedrängt wurden. 1951 wurde mit dem Pariser Vertrag die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) gegründet. Darauf wurden 1957 mit dem Römer Vertrag die Europäische Atomunion und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ins Leben gerufen. Diese drei Gemeinschaftsorganisationen bilden noch heute das Fundament der EU.

Die EU ist keine einfache Organisation zwischen Regierungen (wie z.B. die UNO), noch ist sie ein Bundesstaat wie die USA, sondern ein spezieller Organismus, an dem teilzuhaben die nationalen Regierungen aus eigener Souveränität heraus verlangen. Ihre Kompetenzen reichen von der Aussenpolitik über die Verteidigungs-, Wirtschaftspolitik, Landwirtschafts-, Handel bis zum Umweltschutz. In einigen Bereichen gleicht die EU ihren Aufgaben nach eher einem Staatenbund (z.B. Geldpolitik, Umweltschutz); auf anderen Gebieten gleicht sie hingegen mehr einem Bundesstaat (z.B. was die Innenpolitik anbelangt) oder einer internationalen Organisation (etwa für die Aussenpolitik).

### II - Eine Union der Völker oder eine Union des Kapitals

Es existiert eine herrschende Ideologie, die im Sinne des Marxismus als 'falsche Ideologie' zu betrachten ist, und welche behauptet, dass die EU das Produkt einer Bewegung der Völker sei, die sich den Zusammenschluss auf der Grundlage ihrer Gemeinsamkeit von Geschichte, Werten

und Interessen gewünscht hätten. Die dringlichste Aufgabe der Kommunisten besteht darin, mit diesem Glauben aufzuräumen. Die Völker der Staaten, aus denen sich die heutige EU zusammensetzt, stehen dem Prozess wesentlich fremd gegenüber. Während die liberale Bourgeoisie des 19. Jahrhunderts es verstand, die Massen in eine nationale Volksbewegung einzubeziehen, und während es der europäisch orientierten Ahnentafel irgendwie gelang, den Prozess der europäischen Integration zu vereinbaren, wobei sie es schaffte, auch die Massenparteien der Arbeiter zum sogenannten Eurokommunismus zu bekehren, bevorzugt die derzeitige Elite einen rein oligarchischen, neo-korporativen, ausgesprochenen Klassendiskurs, wobei sie die Bedeutung der demokratischen Instanzen selbst in Frage stellt, auf die sie sich beruft. Der volksfeindliche Klassencharakter der EU leuchtet auch unter dem Gesichtspunkt der Arbeiterrechte ein: Was wir erleben, ist ein Wettlauf des Lohn- und Sozialbaus, sowie eine Institutionalisierung der gegenseitigen Konkurrenzierung der Armen, die auch dem Mangel an verbindlichen Gesamtarbeitsverträgen mit internationalem Geltungsbereich geschuldet ist.

Ausserdem liegt es auf der Hand, dass eines der Hauptziele der europäischen Bourgeoisie darin besteht, alle Wirtschaftssektoren zu liberalisieren und jeden service public zu privatisieren.

Beispielsweise sieht der Lissabon-Vertrag die Möglichkeit für die EU vor, die Liberalisierung auf entscheidenden Gebieten zu verstärken, und die Dienstleistungs-Richtlinie von 2006 entfacht die kommerzielle Konkurrenz auf transnationaler Ebene unter Dienstleistungen, von denen man annehmen sollte, dass sie zum Wohle der Bevölkerung, und nicht als Handelsware zu Profitzwecken angeboten werden.

In dieser Lage kann man nicht auf den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zählen, der praktisch das Monopol zur «Vertretung» der Arbeiter bei der EU innehat: Wenn der EGB sich über den Beschluss freut, dass im Vertrag von Maastricht die Aushandlung von Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern über die Arbeitsbedingungen gestattet wird, dann deswegen, weil der EGB die einzige Organisation von Lohnabhängigen ist, die dort

zugelassen ist. Der EGB, der sich in den imperialismusfreundlichen Zusammenhang des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) einfügt, sieht als erklärtes Ziel vor, «das europäische Sozialmodell zu fördern». Der EGB ist eine von oben geschaffene Struktur und integriert sich in das gegenwärtige europäische System, wobei sie frei von der auch nur geringsten Absicht ist, die EU zu verändern. Im übrigen würde es ihr auch nicht dienen: 73 Prozent ihrer finanziellen Mittel kommen von der EU. «Im Unterschied zu den nationalen Gewerkschaften beruht die Entwicklung des EGB nicht auf den Klassenkämpfen» - präzisiert der Gewerkschafter Emilio Gabaglio - und tatsächlich fordert der EGB insbesondere seine Beteiligung an der «Ausarbeitung der Wirtschafts- und Sozialpolitiken auf höchster Ebene der EU».

Der Gewerkschaftsführer fährt fort: «Der EGB akzeptiert es, sich an der Ausweitung und Banalisierung der Temporärarbeit (auf der Basis von Volontariaten) zu beteiligen und die Anpassung und Flexibilisierung der Arbeit in gewissem Sinne zu begleiten.»

### III - Das wirtschaftliche und das politische Europa - ein Widerspruch?

Die Sozialdemokratie (und mit ihr auch Organisationen, die der Europäischen Linkspartei angehören, darunter die PDS - heute: Die Linke - in ihren «Thesen zur programmatischen Debatte» vom November 1999) behauptet, dass es zwei Visionen der EU geben würde, die sich einander entgegenstellen: eine erste, welche den Völkern verbunden sei, möchte einen politischen und staatlichen Prozess Europas vortreiben, wogegen letztere, den Multinationalen verpflichtet, zu einem ausschliesslich wirtschaftlichen Europa neige. Die Sozialdemokratie sieht hierin einen Widerspruch und schlägt vor, innerhalb der EU zu agieren, um sich für eine politische Variante auf Kosten der rein ökonomischen einzusetzen.

Eine ernsthafte Klassenanalyse der Lage zeigt jedoch eine völlig andere Situation, und zwar, dass diese beiden EU-Visionen in Wirklichkeit die beiden Seiten ein und derselben Medaille darstellen, der Medaille der kapitalistischen Klasse Europas. Der Europäische Runde Tisch der Industriellen (ERT), welche über die Hälfte des Umsatzes der grossen europäischen

Industriegesellschaften mit einem Anteil von 48 Prozent der Beschäftigten vertreten, veröffentlicht im September 1991 ein Dokument unter dem Titel «Reshaping Europe», worin sich das Ziel des Grosskapitals zeigt, den gemeinsamen Markt in einen wirklichen Staat zu verwandeln, und dies, weil «kein europäisches Land allein die Weltordnung in entscheidender Weise beeinflussen kann». Die Industriellen behaupten: «Die Probleme, die wir im vorliegenden Bericht angehen, betreffen auf unterschiedlichem Niveau alle europäischen Länder. Aber kein Nationalstaat ist in der Lage, diese im Alleingang zu lösen, und isoliert ist kein Land imstande, weder die Führungsrolle in der Flugindustrie zu übernehmen, noch eine den modernen Anforderungen entsprechende Infrastruktur für den Transportverkehr zu realisieren. Ebenso wenig sind sie dazu fähig, eine wirklich unabhängige Geldpolitik zu betreiben oder eine gebührende Anstrengung für die Entwicklung der Forschung in der Spitzentechnologie aufzubringen.» Sie unterstreichen überdies: «Die in Europa tätigen Industrien und Völker haben den Wunsch, in Sicherheit zu leben (...), wünschen sich, dass ihre Führer ihrer Stimme im Weltkonzert Gehör verschaffen. Sie akzeptieren es nicht zuzusehen, dass die Gemeinschaft aus dem internationalen Geschehen an den Rand gedrängt wird. Einzelnen genommen sind die Nationalstaaten mit einer solchen Aufgabe überfordert.»

Dies alles zur Kenntnis genommen, geht das Dokument tiefer ins Detail: «Im Golf hatte Europa eigene Interessen im Spiel und entwickelte eigene Ideen darüber, was zu tun sei. (...) Als sich jedoch die Frage nach dem Rückgriff auf die Gewalt stellte, verfügte Europa weder über Entscheidungsmechanismen noch über Mittel, die es ihm gestattet hätten zu intervenieren. Und es wäre illusorisch zu meinen, dass dieses Unvermögen der Politik die Verwirklichung unserer weiteren Vorhaben nicht beeinträchtigen würde. Ebenso wäre es anachronistisch zu behaupten, die Gemeinschaft könne die wirtschaftlichen Fragen in einer zufriedenstellenden Weise regeln, wenn sie in der Aussenpolitik die Führung anderen überlässt.»

Kurzum, das Kapital benötigt eine Armee und politische Entscheidungsverfahren, oder anders gesagt einen europäischen Staat, der auf internationaler Arena eingrei-

fen kann, wenn es darum geht, die «neue Weltordnung» festzulegen. Diese Worte wurden genau dann geschrieben, als nach Beendigung des Kalten Krieges mit der UdSSR der Wettkampf zwischen den Imperialisten entfachte. Es besteht daher eine besonders enge Beziehung zwischen dem Aufbau eines europäischen Staates und den Interessen des transnationalen Grosskapitals: Nur ein Staat kann in der Tat einen gemeinsamen Markt mit ungefähr einer halben Milliarde Personen verteidigen und kann diese Interessen einerseits mittels sozialer Kontrolle der Massen durchsetzen, um jedem Aufruhr zuvorzukommen – andererseits durch den Imperialismus, das heisst durch Ausdehnung des Marktes und durch Ausbeutung der Rohstoffe und der Arbeitskraft zu tiefen Kosten, und wenn nötig unter Anwendung militärischer Gewalt. Um es in marxistischen Konzepten auszudrücken, können wir sagen, dass man bislang daran gearbeitet hat, eine Wirtschaftsstruktur festzulegen. Nachdem diesbezüglich mit Einführung der Einheitswährung ein vorläufiger Gipfel erreicht wurde, hält die Eurokratie nun den Zeitpunkt für gekommen, um diese ökonomische Basis mit dem passenden Überbau an politischen Institutionen auszustatten.

Das Argument, wonach wir uns den Widersprüchen der EU anzupassen hätten, um einen vermehrt politisch-institutionellen Diskurs auf Kosten eines rein ökonomischen zu fördern, erweist sich damit vom Klassenstandpunkt aus betrachtet als unhaltbar! Aber wenig überzeugend ist auch die Idee, sich in die interimperialistischen Widersprüche zwischen der EU und den USA einzuschalten, und eine Hauptrolle beim Aufbau des europäischen Staates als Nordamerikas Konkurrent zu übernehmen. Da die EU - wie wir gesehen haben - das Produkt einer einzigen Klasse ist, würde es sich bei dieser Vision um den Versuch eines historischen Klassenkompromisses und zur Einbindung der Massen in den Prozess zur Schaffung einer «anderen» EU handeln, die einer schon mit der von Gramsci theoretisch formulierten «fortschrittlichen Demokratie» für ein befreites Italien gleichgesetzt hat.

Die Geschichtsetappe ist aber eine völlig unterschiedliche: Es fehlt die Fähigkeit des Proletariats zur Ausübung einer Hegemonie; die Krise des westlichen Kapitalismus ist offensichtlich; und wir würden jede revolutio-

näre Perspektive auf dem Kontinent ausräumen. Zu alledem müssen wir hinzufügen, dass in der EU selbst Widersprüche der inter-imperialistischen Form wirksam sind zwischen den Ländern, die vollständig von den USA abhängig sind, und solchen Ländern wie Deutschland und Frankreich, die eine stärkere Stellung anstreben und imperialistische Mächte von Gewicht auf dem geopolitischen Schachbrett werden wollen. Weder das eine noch das andere fällt für die europäischen Völker positiv aus: Wenn die erste Variante die subalterne Stellung gegenüber einem krisengeschüttelten Imperium zementiert, so favorisiert die zweite Hypothese die Idee eines aggressiven Europa, welches mit der Militärmacht einer eigenen Armee intervenieren wird, um die eigenen Interessen auf Kosten der Souveränität von anderen Nationen durchzusetzen, vor allem der sich entwickelnden oder armen Länder mit grossen Vorkommen an natürlichen Rohstoffen.

Ressourcen, die für das Überleben von Produktions- und Konsumtionssphäre des westlichen Kapitalismus überaus wichtig sind. In diese Richtung weist auch der Lissabon-Vertrag, der die Macht des europäischen Rates und des europäischen Gerichtshofs erweitert, um deren Tauglichkeit zur gesellschaftlichen oder nationalen Unterdrückung zu steigern.

IV – Lücken in der internen Demokratie Um an das hiernach behandelte Thema der hypothetischen Reformierbarkeit der gegenwärtigen europäischen Gemeinschaftsstrukturen heranzugehen – das für die Kommunisten von strategischer Bedeutung ist – muss man sich im Klaren darüber sein, in welchem Umfang die heutige EU nicht nur eine Reihe der sozialen Rechte missachtet, welche die Arbeiterkämpfe in den einzelnen Ländern zu Zeiten vor dem Fall des sogenannten «eisernen Vorhangs» der Bourgeoisie abzurufen vermochten, sondern wie wenig sie die sogar die Gewaltentrennung zu achten weiss, einen Grundatz, der von den liberal-demokratischen Revolutionen im Europa der letzten Jahrhunderte aufgestellt wurde, und wie gross die weissen Flecken in der Demokratie sind.

Die Exekutivgewalt wird tatsächlich von der europäischen Kommission ausgeübt, einem permanenten Gremium, das sich aus 27 Kommissaren zusammensetzt, welche durch

gemeinsame Absprache auf Vorschlag der Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden. Das europäische Parlament bestätigt die Wahl, kann sie aber nicht selbst treffen. Die Kommission verfügt darüberhinaus auch über die Befugnis zur Initiative in der Gesetzgebung, auch wenn offiziell die Gesetzgebung selbst in der Hand des Ministerrats liegt, der sich aus den Ministern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und dem europäischen Parlament gegenüber politisch nicht verantwortlich ist. Das europäische Parlament seinerseits wird nur alle fünf Jahre von den Staatsbürgern aller EU-Mitgliedstaaten gewählt. Die Zahl der Abgeordneten wird auch nach den geographischen Dimensionen der einzelnen Mitgliedsländer festgelegt. Überdies hat das Parlament, das andernorts das wichtigste Gremium wäre, in Wirklichkeit nur ein minimales Recht zur Initiative in der Gesetzgebung, so dass es fast auf ein rein konsultatives Organ reduziert ist: es kann in der Tat seine Ideen nur als «Empfehlungen» an die Kommission weiterleiten. Das europäische Parlament ist also dazu vorgesehen – in marxistischen Begriffen – ein Überbau einer imperialistischen Allianz im Dienste der Regierungen und der europäischen Monopole zu bleiben (eine Suprastruktur, die auch unfähig ist, interaktiv auf die Basis zurückzuwirken).

### V – Die EU reformieren: eine realistische Hypothese?

Nach Kenntnisnahme der vorangehenden Ausführungen erweist sich die Hypothese des Einflussgewinns auf die reale EU zum Zweck ihrer Reformierung als zumindest problematische Arbeitsgrundlage: und zwar nicht nur im Hinblick auf soziale Veränderungen, sondern auch noch aufgrund des extrem tiefen Standes der institutionellen Partizipation.

In seiner Schrift „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ stellt Lenin fest: «Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die «fortgeschrittenen» und «zivilisierten» Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.»

Während der Vater der Oktoberrevolution diese Worte in einem Europa aussprach,

das geopolitisch wichtiger war als die USA, herrschte Krieg und verschiedene Länder lagen sich im Kampf um die Kontrolle über die Kolonien gegenüber. Unter diesen Bedingungen war die Losung der Vereinigten Staaten von Europa eine Utopie, ein Satz der übrigens auch heute seine Aktualität behält. Lenin sah in der europäischen Einigung einen Prozess mit dem Ziel, die revolutionären Bewegungen zu vernichten, die Kolonien zu kontrollieren, sowie eine Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Washingtons. Die heutige Lage ist teilweise ähnlich: die Entwürfe für anti-kommunistische Gesetze und der «Sekuritarismus» charakterisieren die EU und dienen zur Unterdrückung der sozialen Bewegungen; die Kolonien (im engen Sinne) gibt es nicht mehr, aber der Kampf um Schürfsrechte und Rohstoffe setzt sich mit den produzierenden Ländern fort (von denen einige es vorziehen, nach China zu blicken); die US-amerikanische Macht befindet sich nicht mehr im Aufstieg, sondern im Fall, und trotzdem scheint die EU nicht die Absicht zu haben, sich von den Politiken zu distanzieren, welche die Hegemonie Washingtons geprägt haben.

Sich der Illusion hinzugeben, dass die - fernab von der Bevölkerung und in einem strikt klassenbezogenen Umfeld mit offensichtlichen Zügen ins Reaktionäre operierende – EU sich ohne einen radikalen Umbruch in den gesellschaftlichen Beziehungen selbst ändern könne, halten die Kommunisten heute für verfehlt. Und eine solche Transformation kann auf zwei Weisen erfolgen: entweder durch einen revolutionären Prozess, oder – wie oben gesehen haben - durch eine Strategie der «fortschrittlichen Demokratie». Aber weder für einen noch für den anderen Weg sind in der gegenwärtigen historischen Phase die grundlegenden Bedingungen vorhanden. Ist es in solcher Lage also angebracht, auf einen Beitritt unseres Landes zur kapitalistischen EU zu drängen? Wir denken nein, insofern die Schweiz praktisch nicht den geringsten Einfluss hätte. Dazu fehlt es ihr an sowohl an realen ökonomischen Ressourcen, wie auch an einem richtigen und organisierten politischen oder gewerkschaftlichen Widerstand.

Wenn man nicht in der Lage ist, tatsächlich eine hegemoniale Rolle zu übernehmen, kann die Option für den „Entrismus“ nur

zum Scheitern führen: die Kräfte zur gesellschaftlichen Veränderung in Europa sind weder in der Überzahl, noch sind sie auf kulturellen Seite hegemonial, dies auch, weil – wie wir gesehen haben – diejenigen Institutionen, welche sich auf ein Minimum an demokratischer Legitimität berufen, in Wirklichkeit keine reale Entscheidungsmacht im politischen und ökonomischen Prozess haben. In diesem Sinne ist der Vertrag von Maastricht über die EU-Zentralbank sinnbildlich für die Gering-schätzung der Volkssouveränität: man liest dort tatsächlich die Bestimmung, dass die Zentralbank keine «Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen» darf. Aus den dargelegten Gründen sind wir nicht der Auffassung, dass es im Interesse der Lohnabhängigen liegen würde, sich in den Widersprüchen einzurichten, deren Analyse seitens der EU-freundlichen Linken, die sich wie wir gesehen haben oft übertrieben oder ungenau erweist.

### VI – Die Rolle der Partei der Europäischen Linken

Die Europäische Linkspartei (ELP) wurde 2004 aus der Taufe gehoben und die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) ist ihr beigetreten. Unsererseits sind wir für eine stetige Intensivierung und verbesserte Koordination zwischen den kommunistischen Kräften Europas (und daher nicht bloss in der EU) und beurteilen die Beteiligung an den Initiativen der GUE/NGL (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) als positiv. Dennoch halten wir unsere erheblichen Zweifel am Nutzen eines Verbleibs in der ELP aufrecht.

Es bestehen auf diesem Gebiet zwei Aktionslinien: auf der einen Seite gibt es jene, die – im Bewusstsein, dass noch zahlreiche Unterschiede innerhalb der revolutionären Linken des Kontinents bestehen – eine aktive Zusammenarbeit unter konkreten Aspekten der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas unter Respektierung der gegenseitigen Unabhängigkeit und Souveränität befürworten; und umgekehrt gibt solche, die darauf drängen, den global gegebenen Rahmen und dessen Unabänderlichkeit zu akzeptieren, und Kurs nehmen auf die Institutionalisierung der ELP mit vagem, nunmehr reformistischem und den

Erfordernissen der EU botmässigem Inhalt. Die PdAS muss sich daher als Oppositionspartei innerhalb der Europäischen Linkspartei zu erkennen geben: das heisst, dass die eigenen ELP-Delegierten sich an die Instruktionen der PdAS zu halten haben und in jeder Diskussion in der ELP die Linie der PdAS vertreten und ihrem Standpunkt vermehrte Nachachtung verschaffen müssen. Kurzum, die PdA darf sich nicht passiv an die reformistischen Vorgaben der ELP anpassen, vielmehr ist es an der PdAS – zusammen mit anderen kritischen Parteien – in vorderster Reihe eine aktivere Rolle zu spielen, damit die ELP einen ernsthaften marxistischen Kurs einschlägt. In der Zwischenzeit wird die PdAS eine Phase der Konsultation der Basis in Gang setzen, und den Mitgliedschaftstatus selbst einer Überprüfung zu unterziehen, der auf einen seinerzeit mit übermässiger Hast zustande gekommenen Beitrittsbeschluss zurückgeht.

### VII – Mit welchen programmatischen Aspekten gegen die kapitalistische EU auftreten?

Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) setzt sich ein für die Abhaltung von politischen Aktionen und Verbreitung von Gegeninformationen, um diese Vorhaben zu verwirklichen:

a) Rückweisung jeglicher Abkommen mit der EU oder ihren Nebenorganisationen, welche die systematische Inkraftsetzung von Rechtsnormen vorsehen, welche nicht in jedem einzelnen Vertrag ausgehandelt worden sind.

b) Entwicklung einer Aussenpolitik, die die Souveränität der Schweiz wahrt und möglichst stärkt und ihre Abhängigkeit von einzelnen Wirtschaftsgruppen oder Staaten verringert, und die bei der Umsetzung einer solchen Politik jede auch nur indirekt imperialistische und der imperialistischen Macht der USA oder Europas dienstbare Logik von sich weist. Die Diversifizierung der strategischen und Handelspartner wird zu einer grundlegenden Frage für die Volksklassen unseres Landes, das in der strukturellen Krise des westlichen Systems nur zertrampelt werden kann, wenn es ihm nicht gelingt, Beziehungen von höherer Stabilität herzustellen, angesichts der hervortretenden ökonomischen und politischen Realitäten wie China und Lateinamerika.

c) Verhinderung des Rückfalls in den Lokalismus und Isolationismus, der von den antieuropäischen Kräften der Rechten vorgeschlagen wird. Die Losung des proletarischen Internationalismus wird bestätigt: Nein zur EU zu sagen, hat nicht die Bedeutung einer Verneinung der Möglichkeit einer Gemeinschaft, die von unten gemacht wird und zu einem Europa der Völker und der Werktätigen führt, in welchem die ökonomischen Strukturen in einem Prozess der Sozialisierung der Produktionsmittel umgewälzt werden, einem Europa der gegenseitigen Hilfe im sozialistischen Sinne zwischen den europäischen und allen anderen Völkern der Welt. In diesem Sinne gilt es, die Hineinziehung der Schweiz in den Prozess zur Bildung einer (insbesondere von den USA gewollten) neuen Weltordnung abzulehnen, die sich durch Formen des ethnischen Separatismus, Invasionskriege (getarnt durch den Begriff des 'peace keeping') sowie «samtene» Konterrevolutionen (vor allem in Osteuropa) herausbildet.

d) Im Bewusstsein der imperialistischen Natur des helvetischen Kapitalismus und der reaktionären Rolle der Plutokratie, die ihn regiert, und folglich ohne auf den Standpunkt des bürgerlichen Nationalismus herabzusinken (siehe vorstehenden Punkt) und in der Optik einer Einheitsfront gegen klassenherrschaftliche Formen einer Kompradoren-Bourgeoisie können vorsichtige Formen der Zusammenarbeit auf rein taktischer Ebene mit jenen politischen oder gesellschaftlichen Kräften, welche die EU und die Globalisierung ablehnen, nicht ausgeschlossen werden.

Verweise:

● Catone (2005): «L'Unione europea, la sua crisi e le sue radici». In: «L'Ernesto», rivista comunista, anno XIII, Nr. 4, luglio-agosto 2005

● AAVV (2002): «L'Europe de tous les dangers» in «Etudes Marxistes», nr. 52, 2002

● Gawain Little (2009): «The EU & Privatisation» e «The EU & Workers' Rights». Documenti politici del Comitato esecutivo del Partito Comunista Britannico (CPB) elaborati nell'ambito della campagna elettorale «No2Eu» per le elezioni europee del giugno 2009.

● Emilio Gabaglio (2003): «Qu'est ce que la Confédération Européenne des Syndicats». La Flèche: Ed. L'Archipel.

### RESOLUTION RIVE-GAUCHE

Die Sektion Rive-Gauche der Partei der Arbeit Genf hat die Theamtik der nationalen Parteikonferenz diskutiert und hält folgende Punkte fest:

- Da die Europäische Union sich in einem ständigen Wandel befindet und der Beitritt der Schweiz nicht an der Tagesordnung ist, macht es keinen Sinn heute zu entscheiden, welche Position wir bei einer eventuellen Volksabstimmung über den Beitritt in die EU einnehmen werden. Dies unter anderem weil wir heute nicht wissen können, welches die Konditionen für den Beitritt sein werden.

- Die Partei hat bereits im Jahr 1989 an einer Nationalen Konferenz die Position zur EU definiert. Zwar scheinen die damals erarbeitete Dokument in Vergessenheit geraten zu sein, doch sie sind noch lange nicht überholt oder veraltet. Die PdA ist Mitglied der Europäischen Linkspartei. Diese führt innerhalb der EU einen Kampf um diese im Sinne der Völker zu ändern.

Die Sektion Rive-Gauche schlägt daher vor:

1. Nicht heute zu entscheiden, welche die Position der Partei sein wird, falls es mal zur Abstimmung über einen Beitritt der Schweiz kommt.

2. Den Text aktualisieren, der an der Nationalen Konferenz vom 1993 beschlossen wurde.

3. Überlegen, welches Europa wir wollen und wie wir am besten innerhalb der Europäischen Linkspartei dazu beitragen können.

### ANTRAG NEUE PdA-BASEL

Unserer Meinung nach ist die EU-Frage heftig umstritten und findet in den verschiedenen Sektionen der PdAS unterschiedliche Mehrheiten. Andererseits steht in absehbarer Zeit keine eidgenössische Abstimmung an, welche eine Stellungnahme zu dieser Frage verlangt. Das ergibt für die Partei die Möglichkeit, die Frage nicht abschliessend zu beantworten, sondern weiter zu führen. Aus diesen Gründen möchten wir nicht, dass diese Konferenz eine Position zur EU-Frage veröffentlicht, die im Gegensatz zum Parteiprogramm von 1989 steht.